

Depesche aus Berlin

Prof. Dr. Lothar Maier



Ausgabe 9, 3. Jahrgang

Feind – Todfeind – Parteifreund:

diese etwas abgegriffene Steigerung kommt mir in den Sinn, wenn ich die Art des Umgangs sehe, den manche in der AfD mit anderen Mitgliedern pflegen. Das verwendete Vokabular ist oft nicht weit von dem entfernt, das die radikalsten Elemente des linken Spektrums benutzen, wenn sie über uns herziehen. Vernichtungsphantasien gegenüber den innerparteilichen Konkurrenten werden da ausgelebt, militärische Begriffe und radikal abwertende Charakterisierungen für nicht ganz auf der eigenen Linie liegende andere Parteimitglieder benutzt, die zeigen sollen: Wir gehören eigentlich nicht zur gleichen Partei. Lagerdenken greift um sich, über dem bei einigen besonders lauten Wortführern die zentrale Aufgabe unserer Partei in Vergessenheit zu geraten droht: eine demokratische, an nationalen Interessen und am sozialen Zusammenhalt orientierte Alternative zum immer volksfeindlicher agierenden Politikbetrieb zu bieten.

Sieht man genau hin, sind die langfristigen Ziele der jeweiligen Gruppierungen nicht sehr weit voneinander entfernt, wohl aber die propagierten



Strategien zum Erreichen dieser Ziele. Die damit verbundene Disziplinlosigkeit lässt zugleich den Narrensaum immer breiter werden, der seine Verrücktheiten auslebt in dem Bewusstsein: Uns kann ja sowieso nichts passieren. Dass damit dem eigentlichen politischen Gegner, der immer offener darüber diskutiert, wie er uns das Lebenslicht ausblasen kann, Argumente für seine Vernichtungsstrategien zuhauf und frei Haus geliefert werden, stört die Helden des Das-wird-man-doch-noch-sagen-dürfen kaum.

Im Bundestag – vielleicht noch mehr als anderswo – sind die AfD-Abgeordneten einem hasserfüllten, auch den einfachsten menschlichen Anstand verachtenden Trommelfeuer von Verleumdungen, Unterstellungen, Beleidigungen und Lügen ausgesetzt, das wir auf Dauer nur dann ertragen können, wenn wir zusammenhalten. Bis auf ein paar Verwirrte oder von außen Bezahlte, die die Fraktion verlassen haben (natürlich unter Beibehaltung ihres Mandats, das sie allein der Partei verdanken!) haben das die AfD Abgeordneten auch besser begriffen als einige anderswo in der Partei. Während die Verhältnisse im Land immer kruder werden und immer mehr Menschen sich fremd im eigenen Land fühlen, sind nicht rivalisierende Kleingruppen gefragt, sondern eine glaubwürdige, machtvolle Alternative zum selbstmörderischen derzeitigen System. Das setzt die Größe voraus, die eigenen Ambitionen zurückzustellen und der Geschlossenheit unserer Organisation den Vorrang vor allen persönlichen Interessen zu einzuräumen. Nach uns kommt nichts mehr außer dem Chaos!



INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

„Energiewende“: Das verschweigen die Machthaber *mehr auf Seite 2*

Masseninvasion – Was auf Deutschland zukommt *mehr auf Seite 3*

Frankreichs Ex-Innenminister Gérard Collomb: Der Islam wird binnen der nächsten fünf Jahre Europa übernehmen *mehr auf Seite 4*

Merkels Tanz im Elektro-Wahnsinn auf dem Vulkan *mehr auf Seite 5*

So lenkt man von wirklichen Problemen ab Deutschland wird von Öko-Totalitarismus terrorisiert und gegängelt *mehr auf Seite 6*

Endlich Schluss damit! Nur Kriminelle und Narren sind maskiert *mehr auf Seite 7*

Gegen den Gleichmacher-Wahn der Eurokraten *mehr auf Seite 8*

Darüber spricht niemand: Die anderen Kinder *mehr auf Seite 9*

Neuer PISA-Schock für Deutschland: 21 Prozent der 15jährigen können nicht richtig lesen oder rechnen *mehr auf Seite 10*

Kriminalstatistik seit 2014 belegt: *mehr auf Seite 12*

Eine Zumutung im Staatsamt – Treen mit Juden-Hasser Hat Grüne Claudia Roth Moral? Viel mehr als das... *mehr auf Seite 14*

„Energiewende“: Das verschweigen die Machthaber Blackout: Tote und Verletzte - Wasser reicht nur für drei Tage aus!

Die gegenwärtigen Machthaber behaupten, das sich über Jahrtausende ständig wechselnde Klima der Erde steuern zu können. Mit einer irren „Energiewende“ presst man die Bürger dafür finanziell aus und riskiert den völligen Strom-Blackout und damit den völligen Zusammenbruch des öffentlichen Lebens in Deutschland. Dieser Regierung würde bei einem großen Strom-Blackout schon nach wenigen Stunden jegliche Kontrolle über das geordnete zivile Leben in Deutschland entgleiten. Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts fallen Festnetz, Internet und Mobilfunk aus. Es ist also keine Kommunikation mehr möglich. Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Aber bei einem totalen Stromausfall gehen nicht nur die Lichter aus. Woran man zunächst vielleicht nicht denkt: Auch die Wasserversorgung bricht nach kürzester Zeit zusammen. Und dafür ist die Bundesregierung nicht vorbereitet. Das kam in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag heraus. Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen – alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionieren nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Katastrophale hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen. Besonders betroffen wären alte geschwächte Menschen und Kinder.

Außerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung, weil das Wasser nicht mehr zur

Verfügung steht. Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist – es besteht Seuchengefahr. Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann aber nur noch in Flüsse abgeleitet werden. Aber nicht nur Brauchwasser gibt es nicht mehr, das Trinkwasser als das wichtigste Lebensmittel der Menschen steht nach kurzer Zeit nicht mehr zur Verfügung.

Deshalb hat die sichere und ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser höchste Priorität. Wie der Bericht des „Büros für Technikfolgenabschätzung“ (TAB) beim Deutschen Bundestag zu Folgen eines langandauernden und großräumigen Stromausfalls feststellt, besteht eine unmittelbare Abhängigkeit der Wasserversorgung von der Stromversorgung, da elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt wird. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, ist die Grundwasserförderung nicht mehr möglich und die Gewinnung von Wasser aus Oberflächengewässern beeinträchtigt.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mahnt eine bessere Notfallplanung an. Es fehlen entsprechende Notfallpläne. In unserer föderalen Struktur sind für den Katastrophenschutz die Kommunen beziehungsweise die Kreise und kreisfreien Städte als erste Ansprechpartner für die Bürger zuständig, also die untersten Gebietskörperschaften. Dort wäre man mit einem flächendeckenden Blackout vollkommen über-

fordert. Ein großräumiger Stromausfall führe immer noch zu erheblichen Versorgungsmängeln. Die Auswirkungen wären „katastrophal“, heißt es in einem internen Positionspapier des Bundesamtes für Katastrophenhilfe. Sorgen macht man sich auch bei den Trägern der Wasserversorgung, wie aus meinen zahlreichen Kontakten mit der Landeswasserversorgung und der Bodenseewasserversorgung hervorgeht. Dort stellt man sich auf großflächige und anhaltende Stromausfälle ein.

Man installiert eigene Stromaggregate, die auch bei Ausfall der öffentlichen Stromversorgung den Betrieb der Pumpwerke sicherstellen sollen. Die Landeswasserversorgung weist aber darauf hin, dass diese Notversorgung nur rund 60 Prozent der normalen Wassermenge bewältigen kann und dass deren Betrieb auch nur für etwa drei Tage garantiert werden kann! Während die Notversorgung der großen Städte vorübergehend sichergestellt sei, würde die Wasserversorgung in den Landgemeinden sofort zusammenbrechen.

Die technisch immer komplexer gewordene Wasserversorgung ist also – vor allem zum Betrieb der Pumpwerke – auf die ununterbrochene Versorgung mit Elektrizität angewiesen. Die aber ist künftig wegen der sogenannten „Energiewende“ nicht mehr gewährleistet, weil es nach dem Aus für Atomkraft und Kohle keinen adäquaten Ersatz für die fehlenden Kapazitäten des Stroms in der Grundlast gibt. Wegen Merks „Energiewende“ steigt in Deutschland die Gefahr eines Blackouts, eines Zusammenbruchs der Stromversorgung.

Die Bundesregierung, das ergab die Antwort auf meine Anfrage, setzt im Falle der Krise, sehr stark auf die „Eigenvorsorge“ der Bevölkerung (Bevorratung von Trinkwasser) und die Notfallvorsorgeplanung der Kommunen. Sie muss aber einräumen, dass wegen der unmittelbaren Abhängigkeit der Wasserversorgung von elektrischer Energie (Ausnahme Vorhandensein natürlicher Gefälle) die fehlende Notstromversorgung direkt oder mit zeitlicher Verzögerung im Falle vorhandener Speicherkapazitäten zu Einschränkungen oder Ausfällen der öffentlichen Wasserversorgung führen könne, insbesondere in den Haushalten (Körperpflege, Kochen, Trinkwasserbedarf). Ebenso betroffen sind die Löschwasserversorgung und die Abwasserentsorgung.



Die Forscher des „Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag“ (TAB) hatten bereits vor Jahren untersucht, welche Folgen ein großer Blackout in Deutschland hätte. Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. Ein „Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern“, so das Fazit der Experten. Womöglich bliebe im Fall der Fälle jeder auf sich allein gestellt.

Wie ernst die Lage der Stromversorgung in Deutschland inzwischen ist, zeigt ein Rückblick auf den Juni 2019: Da stand Deutschland gleich mehrfach am Rande eines Blackouts. Es war einfach zu wenig Strom vorhanden - viel weniger, als die deutschen Verbraucher benötigten. „Die Lage war sehr angespannt und konnte nur mit Unterstützung der europäischen Partner gemeistert werden“, teilten die Netzbetreiber mit. Besonders dramatisch war die Lage an drei Juni-Tagen - am 6., am 12. und am 25. Juni. Im deutschen Stromnetz fehlten beträchtliche Mengen Strom. An diesen drei Tagen war der Bedarf rund doppelt so hoch wie die Menge an Strom, die zur Verfügung stand.

Am 1. Januar ist das Kernkraftwerk Philippsburg abgestellt worden. Im Frühjahr sollen die Kühltürme gesprengt werden. Jahrzehntlang war es das sicherste Kernkraftwerk Deutschlands. Aufgrund des Abbaus grundlastfähiger Kraftwerke wird unser Stromnetz unsicherer und die Gefahr eines totalen Ausfalls steigt. Früher haben sogenannte grundlastfähige Kraftwerke grundsätzlich Strom nach Bedarf erzeugt. Sonne und Wind produzieren aber nur nach Wetterlage, mal zu viel, mal zu wenig. Auf großflächige mehrtägige, das ganze Bundesgebiet betreffende Stromausfälle ist man in Deutschland nicht vorbereitet. Danke Frau Merkel, Deutschland steuert seinem völligen Untergang entgegen und keiner merkt's.

Masseninvasion – Was auf Deutschland zukommt

Jeder Asylbewerber kostet den Steuerzahler 2.500 Euro monatlich

Zwischen 2015 und März 2019 haben in Deutschland laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) genau 1.603.730 Millionen Menschen einen Asyl-Erstantrag gestellt. Nicht erfasst sind dabei Asylbewerber, die in Deutschland seit 2015 untergetaucht sind, weil sie mit einer Ablehnung ihres Antrags rechnen mussten. Sie kamen entweder bei Landsleuten unter oder sie leben von Drogenhandel und Schwarzarbeit. Die Zahl dieser weiteren illegalen Zuwanderer ohne nachweisbare Identität wird auf etwa 250.000 Personen geschätzt.

In der offiziellen Asyl-Statistik nicht enthalten sind auch Personen, die via Familiennachzug nach Deutschland eingereist sind. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes sollen es bis 2018 rund 160.000 Menschen gewesen sein. Doch ein großer Teil wird erst in der Zukunft als Familiennachzug einreisen, weil die Verfahren über die Botschaften zeitaufwendig sind. Insgesamt dürften also seit 2015 über zwei Millionen Personen nach Deutschland zugewandert sein. Das übertrifft die Einwohnerzahl Hamburgs (rund 1,88 Millionen).

Demgegenüber gelangen nur 26.000 Abschiebungen, rund 31.000 Abschiebungen scheiterten, weil die Betroffenen unauffindbar waren oder plötzlich „erkrankten“, keine Papiere aufweisen konnten oder sich mit Händen und Füßen widersetzen. Wie Entwicklungsminister Müller sagte, müssen Bund, Länder und Gemeinden für eine Million Asylbewerber 30 Milliarden Euro pro Jahr ausgeben. Das Institut der Deutschen

Wirtschaft (DIW) kommt auf den Betrag von 50 Milliarden, den auch der Sachverständigenrat 2017 errechnete. Das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit bis zu 55 Milliarden Euro Kosten für Asylbewerber pro Jahr. Zum Vergleich: Mit dieser Summe müssen die Bundesministerien für Verkehr, für Bildung und Forschung sowie für Familien, Frauen, Senioren und Jugend zusammen auskommen. Oder anders ausgedrückt: Legt man die Kalkulation von Minister Müller zugrunde, so kostet jeder „Schutzsuchende“ in Deutschland 2.500 Euro pro Monat. Das entspricht der Steuerlast von zwölf Durchschnittsverdienern (3.000 Euro pro Monat, Steuerklasse III) oder der von fünf Singles (Steuerklasse I) in dieser mittleren Einkommensklasse. Für einen unbegleiteten jugendlichen Migranten werden sogar bis zu 5.000 Euro Kosten im Monat veranschlagt.

Das Durchschnittsalter der Asylbewerber seit 2015 liegt bei etwas über 22 Jahren. Wenn sie in Deutschland blieben und ihnen die deutsche Lebenserwartung beschieden wäre, ergibt sich rein rechnerisch eine weitere Lebenszeit von rund 54 Jahren. Die Belastungen für das deutsche Sozialsystem könnten also einen langen Zeitraum erfassen. Wäre ein Asylbewerber über diese Jahre hinweg auf Sozialleistungen angewiesen, würde er dem deutschen Staat mit 480.000 Euro auf der Tasche liegen, wobei Gesundheitsleistungen nicht eingerechnet sind. Angesichts der Tatsache, dass der überwiegende Teil der Menschen, die nach Deutschland strömen, nicht- oder nur minderqualifiziert sind, ist diese Rechnung nicht ganz von der

Hand zu weisen. Die Mehrzahl der Asylbewerber aus dem Orient dürfte zeitlebens, wenn überhaupt, unterqualifiziert beschäftigt bleiben. Diese Arbeitsplätze sind aber besonders gefährdet bei Konjunkturschwankungen und Rezessionen. Und dabei hat Deutschland nicht einmal für seine eigenen Unterqualifizierten genügend Jobs.

Ein durchschnittlicher Zuwanderer mit 22 Jahren, der für den Rest seines Lebens unterqualifiziert beschäftigt sein sollte und dann auch noch fünf sechs Jahre Integrationszeit benötigt, müsste eigentlich bis zu seinem 80. Lebensjahr arbeiten, um überhaupt einen Rentenanspruch oberhalb der Sozialhilfe zu erwerben. Die Betroffenen könnten als Unterqualifizierte höchstens ein Viertel ihrer Gesundheitskosten selbst aufbringen, der Rest ginge auf Kosten der Allgemeinheit, sprich der Steuerzahler.

„Das Boot ist voll - Die „Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten“ sagte der Ur-Grüne und SPD-Innenminister Otto Schily 1999 angesichts von 138.319 Asylbewerbern.

Danach pendelte die Zahl zwischen 118.306 (2001) und 28.018 (2008) Asylbewerbern. Damals entstanden Parallel- und später Gegengesellschaften.

Und heute? Allein im Jahr 2018 beantragten 185.853 Menschen in Deutschland Asyl, in diesem Jahr waren es bis März 46.477 Anträge. Tendenz: Gleichbleibend...

Frankreichs Ex-Innenminister Gérard Collomb: Der Islam wird binnen der nächsten fünf Jahre Europa übernehmen

„Der Islam wird innerhalb der nächsten fünf Jahre Europa übernehmen.“ Diese Einschätzung äußert der Sozialist Gérard Collomb, bis Oktober 2018 französischer Innenminister, in einem Interview. Der Franzose warnt davor, dass die Situation irreversibel werden könnte. Collomb erinnerte an die steigende Gewaltbereitschaft bei muslimischen Migranten. Die Islamisierung von einigen europäischen Staaten sei ein fortschreitender Prozess. 2018 gab es in Frankreich 235.000 Anzeigen wegen versuchter Vergewaltigung, das sind 62.000 mehr als zwei Jahre zuvor und 225.000 mehr als im Jahre 2005. Im Jahre 2018 zählte man bei unseren Nachbarn 1.000 Angriffe auf Christen und 541 antisemitische Vorfälle, ein Anstieg von sage und schreibe 64 Prozent innerhalb eines Jahres!

„Denn Erdogan öffnet die Schleusen und flutet das Abendland mit moslemischen Migranten. Seit 2015 sind wir unfreiwillige Zeugen einer neuen Völkerwanderung, der Islam betreibt einen islamischen Imperialismus durch Migration“. Mirzo ist überzeugt, dass Millionen Auslandstürken an der ideologischen „Nabelschnur“ Ankaras hängen.

Erdogans „fünfte Kolonne“ sei gefügig und hungrig nach Führung. Mirzo erinnerte an die türkische Mobilisierung auf europäischen Plätzen und Straßen nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016. Der Islam passt nicht zu Deutschland, schreibt die Autorin in ihrem Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“. Die Islamexpertin warnt vor Dschihad, Scharia und

Die Scharia ist eine radikale Gesellschaftsordnung, die das gesamte öffentliche und private Leben regelt. Mit ihr wird die Unterdrückung der Frauen, der Hass gegen Juden oder Homosexuelle oder die brutale Beschneidung, ja die Verstümmelung von weiblichen Säuglingen legitimiert. Das alles passiert nicht nur irgendwo in fernen Ländern, sondern mitunter auch in Deutschland. Wie soll das mit den europäischen Werten von Humanismus, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung vereinbar sein? Der sogenannte europäische Islam sei viel zu schwach.

„Er ist weit davon entfernt, mehrheitlich repräsentiert zu sein. Im Gegenteil: Reform-Moscheen wie die von der Frauenrechtlerin Seyran Ates sind die Ausnahme. Statt einer Reform des Islam erleben wir immer öfter ein islamkonformes Europa, das einknickt vor den orthodoxen Muslimen. Wo man es hinnimmt, dass ein Mann einer Frau den Handschlag verweigert, dass Mädchen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen dürfen und dass Schulen Burkinis anschaffen. Dadurch erhöht man leider nur den Druck auf die liberalen Muslime. Das spürt man ganz konkret in Alltagssituationen. Druck wird auf die Eltern ausgeübt, die ihre Töchter ohne Kopftuch in die Öffentlichkeit lassen oder am Schwimmunterricht in Badeanzug teilnehmen lassen.“

Aber auch von anderen Jugendlichen. An vielen Schulen hat sich mittlerweile unter männlichen Teenagern eine islamistische Jugendkultur entwickelt, eine Generation „haram“, welche sich die Scharia zum Vorbild nehmen und Mitschüler drangsalieren. Aber auch die hiesigen Islamverbände üben Druck aus, was sie öffentlich natürlich nie zugeben würden. Viele liberale Gläubige stürzen sie damit in das Dilemma, scheinbar kein guter Muslim mehr zu sein, wenn sie auf das Kopftuch verzichten oder ihre Homosexualität ausleben wollen. Das alles gipfelt in den Ehrenmorden, die auch in Deutschland keine Seltenheit sind“.

Laila Mirzo ist Trainerin für interkulturelle Kompetenz und macht als Islamkennerin auf die Gefahren eines konservativ gelebten Islam aufmerksam. Als Tochter einer deutschen Mutter und eines syrisch-kurdischen Vaters kam sie im Alter von elf Jahren nach Bayern. Mirzo lebt in Deutschland.



Collombs Einschätzung deckt sich mit dem, was der türkische Staatspräsident Erdogan als Losung für seine Gefolgsleute in Europa ausgibt: „Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn ihr seid die Zukunft Europas“. Dem angesagten Geburtenfolgt nun der Migrations-Feldzug, so die deutsch-syrische Autorin Laila Mirzo.

Islamisierung in Deutschland. Ein nicht-reformierter Islam bedeute immer auch Scharia, betont Mirzo, die 2007 zum christlichen Glauben konvertierte. „Die Scharia ist die Gebrauchsanleitung für den Islam, und sie ist nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern sie ist von der Heiligen Schrift des Islam abgeleitet, dem Koran.“

Merkels Tanz im Elektro-Wahnsinn auf dem Vulkan Zwangselektrifizierung kostet Deutschland hunderttausende Jobs

Merkels irrer Tanz im Elektro-Wahn auf dem Vulkan wird Deutschland hunderttausende Arbeitsplätze und damit die Zukunft kosten. Das geht aus einer Studie hervor. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass durch die Umstellung auf die Elektromobilität in Deutschland in einem Extremszenario bis 2030 rund 410.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Allein in der Produktion des Antriebsstrangs, also bei Motoren und Getrieben, könnten bis zu 88.000 Stellen wegfallen, heißt es in einem Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM), ein Beratungsgremium der Bundesregierung.

Grundlage der Berechnung ist die einfachere Bauweise von E-Mobilen: Während in einem Verbrennungsmotor mindestens 1.200 Teile verbaut werden, sind es beim Elektromotor nur rund 200. Durch die Verdrängung der klassischen Autos mit Verbrennungsantrieb durch die ideologiegetriebene Elektromobilität steigt der Verlust von Arbeitsplätzen in der klassischen Automobilindustrie und den davon abhängigen Zulieferbetrieben. Merkels E-Mobilitäts-Kurs schadet der deutschen Wirtschaft, weil er bewusst Arbeitsplätze aufs Spiel setzt. Insolvenzverwalter sehen mit dem Elektroauto eine Pleitewelle auf die deutsche Zulieferindustrie zurollen.

Dabei dürften mehr als 100.000 Arbeitsplätze verloren gehen, schätzt die Arbeitsgemeinschaft Insolvenzrecht im Deutschen Anwalt-Verein. Vom Kolben über das Getriebe bis zum Auspuff werden viele Teile beim E-Motor überflüssig. Das stelle

hochspezialisierte Zulieferer vor existenzielle Herausforderungen, vom Mittelständler bis zum Konzern. Im Vorfeld des „Auto-Gipfels“ im Bundeskanzleramt sagte der Präsident des Gesamt-Metall-Arbeitgeberverbandes Dulger: „Die Automobilindustrie ist in Deutschland der wichtigste industrielle Arbeitgeber. In der Metall- und Elektroindustrie ist unser Ausstoß um sechs Prozent zurückgegangen, in der Automobilindustrie aber sogar um mehr als zehn Prozent.“

Das ist nicht nur eine kleine Delle. Ich befürchte, dass die Konjunktur in den nächsten Monaten anhaltend schlecht bleiben wird“. Zum Ziel der Bundesregierung, bis 2030 eine Million öffentliche Ladepunkte (derzeit gibt es gerade mal 24.000) meinte Dulger: „Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Es geht doch schon los mit der Genehmigung und dem Verteilernetz. Bei neuen Immobilienprojekten wird gern verlangt, dass auch Ladestationen integriert werden. Dass dann wirklich Schnellladestationen geschaffen werden, die richtig viel Strom ziehen, ist aber oft gar nicht möglich, weil die Versorgungsleitungen nicht stark genug sind“.

Der Gesamtmetall-Chef sprach sich dafür aus, in der Frage der Antriebsalternativen keinen einzelnen Antrieb zu favorisieren, sondern diese Diskussion müsse technologieoffen geführt werden. Eine Möglichkeit seien auch synthetische Kraftstoffe, über die in den vergangenen fünf Jahren viel zu wenig gesprochen worden sei, „obwohl die Technologie schon recht weit ist“. Der Staat dürfe nicht einseitig fördern. Diese Auffassung deckt sich mit AfD-Positionen. Wir setzen seit

langem auf den Einsatz von umweltfreundlichem synthetischem Treibstoff (E-Fuels) im normalen Verbrennungsmotor, beim Otto wie beim Diesel.

Das Prinzip ist einfach: E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, die „klimaneutral“ mittels Elektrolyse aus Strom, Wasser und Kohlendioxid (CO₂) hergestellt werden. Die jetzigen Verbrennungsmotoren laufen also mit "sauberem" Sprit. Mit ihnen können alle herkömmlichen Verbrennungsmotoren am bestehenden Tankstellen-Netz betankt werden – nur so können die Arbeitsplätze in der Automobil-Industrie erhalten bleiben! Technisch ist es schon heute möglich, synthetische Kraftstoffe herzustellen.

Experten glauben, von 2025 an könnten synthetische Kraftstoffe erste Benziner und Diesel „CO₂-neutral“ machen. Dafür muss die Regierung aber ihren einseitigen Elektro-Wahn aufgeben. Der von der sozialistischen Merkel-Regierung staatlich verordnete Zwang zum Elektroantrieb führt in eine Sackgasse mit verheerenden Folgen für die Menschen in Deutschland. Es ist inakzeptabel, dass die Bundesregierung durch staatliche Subventionierung den Verbrennungsmotor aus dem Markt drängt. Denn mit dieser E-Strategie droht die Branche doppelt unter die Räder zu kommen: Zum einen durch die hohen Investitionen in die E-Mobilität, die sich nur dann rechnen, wenn die Kunden mitspielen. Geschieht das nicht, was derzeit ganz offensichtlich ist, drohen bei allen Herstellern und Verbrenner-Zulieferern massive Fehlinvestitionen und Verluste bis hin zur Existenzkrise.



So lenkt man von wirklichen Problemen ab Deutschland wird von Öko-Totalitarismus terrorisiert und gegängelt

Da könnten selbst schlimmste Hetzer und Propaganda-Lügner gängiger Unrechtssysteme noch etwas lernen: Wie Deutschland sich in unseren Tagen freiwillig im Öko-Totalitarismus - getragen vom Wahn großer Massen - terrorisieren und zu Propagandazwecken umerziehen lässt. Alles wird diesem Wahn, dem CO₂-Wahn, untergeordnet. Wer auch nur ansatzweise die Theorie, wonach eine Klima-Erwärmung vom Menschen gemacht und von diesem in Folge auch verhindert werden könne, in Frage stellt, hat in unserem Land keine Chance. Links-grüne Medien und die politischen Eliten der Altparteien sprechen dann von „Klima-Leugner“.

Dieses zusammengesetzte Substantiv entstand natürlich nicht einfach so. Es soll im semantischen Gleichklang an die schlimmste verbrecherische Lüge, die man auf deutschem Boden äußern kann, assoziieren: das Leugnen des Holocaust. „Holocaust-Leugner“ stehen nicht nur außerhalb der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, sondern bilden gesellschaftlich den untersten Bodensatz der moralischen Verkommenheit und Verwahrlosung. Genau auf diese Ebene sollen „Klima-Leugner“ gestellt werden. Methodisch ein klassisches Kennzeichen totalitärer Strukturen und diktatorischer Unrechtssysteme: Andersgläubige diskreditieren, ihnen die freie Meinungsäußerung absprechen, sie zu Abschaum und vogelfrei erklären und sie schließlich dem Mob preisgeben.

So funktionierte der Stalinismus mit seinen entsetzlichen „Säuberungs“-Aktionen. So funktionierte die Nazi-Diktatur, so funktionierte der real-existierend Sozialismus in Gestalt der SED-Diktatur auf deutschem Boden. Wer Hass-Tiraden Grüner im Deutschen-Bundestag über sich ergehen lassen muss, kann sich gelegentlichen Schreckens nicht erwehren, wie Redner mit zorngefüllter Entgleisung ihrer Gesichtszüge andere Menschen diffamieren, nur weil sie die CO₂-Treibhaus-Gas-Theorie – mit guten Argumenten – infrage stellen.

In dieser Wahn-Idee lassen sich die Bürger von den wirklichen Problemen ablenken, gängeln, ihr Land deindustrialisieren, sich ihren Wohlstand und schließlich ihre Freiheit nehmen. Linke Umerziehungs- und Bevormundungsfantasien feiern fröhliche Urstände. Im Ausland schüttelt

man über uns Deutsche mit unserem über andere Länder erhabenen Moral-Anspruch – der nicht weniger als die Welt retten zu können vorgibt - nur noch den Kopf. Die renommierte „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „In Deutschland wird der Diesel verdammt, obwohl die neusten Modelle extrem sauber sind, und über Stickstoffdioxid gestritten, obwohl Feinstaub das viel größere Gesundheitsproblem ist. Die Konzerne haben bei Politik und Medien keinen Kredit. So zerlegt man die eigene Spitzenindustrie und sägt am Wohlstand des Landes“.

Und weiter: „In Deutschland ist eine Treibjagd gegen die eigene Spitzenindustrie im Gang, wie sie wohl in fast keinem anderen Land möglich wäre“, soweit die NZZ. Das alles hat natürlich System. Es geht dabei nicht ums Klima, wie man dem gutgläubigen Michel mit angeborenem Schuldgen weiszumachen versucht: Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) gibt den Klima-Schwindel und die wahren Absichten der sogenannten „Klimaschützer“ offen zu:

„Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun“.

Stimmt, auffallend Herr Edenhofer! Es geht vielmehr um die grundlegende Änderung unseres politischen Systems, die „Große Transformation“. Geprägt hat diesen Begriff der „Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung (WBGU) in seinem Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“.

Der Physiker und Klimaexperte Professor Hans-Joachim Lüdecke bringt es auf den Punkt: „Viele Jahrzehnte unter dem Radar, streckt nun die Medusa einer neuen Diktatur (diesmal Öko-Diktatur) in Deutschland offen ihr Haupt hervor. Vorgesehen ist eine Zwangswirtschaft kommunistischer Prägung, die, wie alle vorangegangenen kommunistischen Versuche, in Knechtschaft, Unterdrückung und Vernichtung einer ehemals blühenden Industrienation enden wird.“

Die ‚Große Transformation‘ basiert auf einer ökologischen, alle Menschen der Welt gleichmachenden Theorie des Umbaus der globalen Gesellschaften. Sie erinnert an das kommunistische Manifest mit all seinem begleitenden Wahnsinn. Insbesondere muss wieder ein neuer Mensch geformt werden, der sich begeistert für die ökologische Transformationsidee einspannen lässt“.

Uwe Schneidewind erklärt uns in seinem Buch „Die große Transformation – Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels“ die Akteure der „großen Transformation“:

„Organisierte Akteure der Gesellschaft, organisierte Zivilgesellschaft als Antriebskraft, transformationsbewusste Unternehmer als Gestalter, Politik als Gestalter und Weiterentwicklung demokratischer Prozesse, Wissenschaft mit neuem Gesellschaftsvertrag“ und schließlich „Pioniere des Wandels, ermächtigt durch den Dreiklang von Haltung, Wissen und Fähigkeiten“.

Da schließ sich der Kreis, passt doch der heute vielfältig praktizierte linke Haltungsjournalismus mit seinen Lügen und pseudo-pädagogischen Volksbelehrungen wie die bekannte Faust aufs Auge....



Endlich Schluss damit! Nur Kriminelle und Narren sind maskiert Niederlande machen´s vor – Vollverschleierung auch hier verbieten

Das muss auch in Deutschland möglich sein: Wir wollen auf unseren Straßen keine vollmaskierten Menschen sehen, die wie ein schwarzer Sack mit Sehschlitz daherkommen. Deutschland ist – seiner Verfassung nach - immer noch ein freies Land. Die Würde des Menschen ist hierzulande unantastbar. Frauen und Männer haben in Deutschland die gleichen Rechte. Eine Vollverschleierung verletzt diese beiden Grundrechte unserer Verfassung auf eklatante Weise. Die Niederlande haben jetzt gezeigt, wie es geht:

Dort ist es fortan verboten, "gesichtsbedeckende" Kleidung wie Burka oder Schleier in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Ämtern oder auch Bussen und Bahnen zu tragen. Denn mit freier „Religionsausübung“ haben derartige Maskierungen nicht das Geringste zu tun. Im Gegenteil: Die Islamisierung Europas und mit ihr die in jener Ideologie fest verankerte Unterdrückung der Frau ist in den vergangenen Jahren massiv vorangeschritten. Ein Symbol dieser Unterdrückung ist der den Frauen auferlegte Zwang, sich teilweise bis zur vollständigen Unkenntlichmachung zu verschleiern, sie quasi in ihrer Persönlichkeit wie beim „Großen Houdini“ hinter schwarzen Textilien verschwinden zu lassen.

Während freiheitsliebende Frauen in islamischen Staaten wie zum Beispiel dem Iran dagegen aufbegehren und sich Strafverfolgung, Folter und sogar Mord aussetzen, wird diese Unterdrückung der Frau hierzulande von Altparteienpolitikern (auch und vor allem Frauen) massiv unterstützt und gefördert. In Deutschland zeigt man sein Gesicht. Nur, wer etwas zu verbergen hat und unerkant bleiben will, maskiert sich hierzulande – etwa Bankräuber oder linksradikale „Antifa“-Gewalttäter.

Bei denen nennt man das „Vermummung“. Ansonsten wären da noch die Fasnet, Fasching oder Karneval zu nennen. Hier entspricht die Maskerade – etwa mit einem sogenannten „Schwellkopf“ – dem in Deutschland gesellschaftlich akzeptierten Comment der „fünften Jahreszeit“. Wer am Aschermittwoch noch die Narrenkappe trägt, ist entweder noch nicht ausgenüchert oder behandlungsbedürftig.

Ansonsten gilt: Eine freie Gesellschaft - Ein freies Gesicht. Gerade nach der muslimischen Masseninvasion nach Deutschland bleibt festzuhalten, dass die „Ganz-Körper-Verpackung“ von Frauen weder mit Christo noch mit „Religion“ begründbar ist. Denn universell betrachtet ist der Islam ein allumfassendes Gesellschaftssystem, das Recht und die Politik einschließt. Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia. Sie darf von keinem Gläubigen infrage gestellt werden. Das gesamte weltliche Gesellschafts- und Politikgeschehen ist diesem „Gesetz aus Allahs Hand“ unterzuordnen.

Die Freiheit der Ausübung von Religion in Deutschland kann aber nicht als Lizenz zum Bruch der allgemeinen Gesetzbarkeit unseres Landes missbraucht werden. Polygamie, Kinderehe, Zwangsheirat, Ehrenmord, Homophobie, Minderberechtigung und Züchtigung der Frau, Antisemitismus, Christenverfolgung, Steinigung, Enthauptung und der Heiliger Krieg finden ihre Rechtfertigung und ihren Grund in Weisungen des Islam. Sie widersprechen fundamental der Rechtsordnung westlicher Demokratien und haben auf deren Boden nichts verloren. Ebenso wenig wie schwarz maskierte Frauen.



Besuch im Bundestag

Den Bundestag von innen sehen? Plenardebatten live erleben?
In einen gemeinsamen Austausch treten?

All dies und vieles mehr bietet Ihnen ein dreitägiger Besuch mit uns im Deutschen Bundestag.

- Führung durch den Bundestag
- Blick über Berlin
- Debatten live erleben
- Besuch der Kuppel
- Besuch von Ministerien
- Politische Stadtrundfahrten

Die rechtzeitige Buchung ist unbedingte Voraussetzung für einen freien Platz.

E-Mail: lothar.maier.ma01@bundestag.de

Gegen den Gleichmacher-Wahn der Eurokraten Souveränität Deutschlands sichern – Nationales Vetorecht erhalten

Europa – Ein Kontinent der Vielfalt, dessen große Errungenschaft das Recht des Einzelnen auf ein freies selbstbestimmtes Leben wurde. Europa, das ist nicht die Europäische Union der Eurokraten, die in sozialistischem Gleichmacher-Wahn aus Europa ein völlig deindustrialisiertes von Windspargel verschandeltes Siedlungsgebiet für Einwanderer aus aller Welt machen wollen. Zuwanderern aus dem Orient, denen die europäischen Werte völlig gleichgültig sind und die sich nicht in die europäischen Gesellschaften integrieren müssen, weil sie bestens in ihrer jeweiligen antideutschen Parallelgesellschaft aufgehoben und so von der Bringschuld zur Integration befreit sind.



Eurokraten wollen Gleichmacherei. Vom Plattensee bis zu den Kanaren sollen die Menschen durch Brüsseler Zwangsdiktat denselben Regeln gehorchen. Eurokraten – nicht Europäer – wollen die nationalen Identitäten in ihrer Vielfalt abschaffen, Eurokraten wollen einen zentralistischen Kontinent, wo nur noch Elektroautos verkehren, wo Bargeld verboten und der Fleischverzehr reglementiert ist. Ein Blick nach Brüssel zeigt immer das gleiche Bild: Vereinheitlichung, Homogenisierung, Normierung. Am Anfang hat die EU die Krümmung der Gurken normiert und am Ende normiert sie die Gedanken.

Um dem zu widerstehen, muss die EU zukunftssicher umgestaltet werden. Dafür müssen die gewählten nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsländer ein Vetorecht gegenüber allen Brüsseler Vorgaben eingeräumt bekommen. Mitgliedstaaten müssen also fallweise von EU-Vorgaben abweichen dürfen. Die Hoheit über die EU-Institutionen muss bei den nationalen, demokratisch gewählten Parlamenten liegen und nicht bei der EU selbst.

Dringender Reformbedarf besteht aber auch bei den Minderheitsregeln im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Nach dem überwältigenden Wahlsieg des britischen Premierministers Boris

Johnson steht dem Brexit nichts mehr im Wege. Wenn der Austritt des Vereinigten Königreichs vollzogen ist, verändern sich die Mehrheitsverhältnisse in der EU dramatisch. Die Minderheitsregeln des Ministerrats werden sinnlos. Für die meisten Abstimmungen braucht man dort 55 Prozent der Länder und 65 Prozent der dahinter stehenden Bevölkerung. Das bedeutet umgekehrt, dass Länder, die zusammen mindestens 35 Prozent der EU-Bevölkerung

auf sich vereinen, eine Sperrminorität bilden können. Zusammen mit Großbritannien hat der ehemalige „D-Mark-Block“ (Deutschland, Niederlande, Österreich und Finnland) einen Bevölkerungsanteil von 35 Prozent, also gerade die Sperrminorität.

Das sind allesamt Länder, die sich dem Freihandel verschrieben haben. Gleichzeitig haben die eher etwas staatsgläubigeren Anrainer des Mittelmeers, denen man wegen der Schwäche der eigenen Industrien protektionistische Attitüden unterstellen kann, mit 36 Prozent der EU Bevölkerung ebenfalls die

Sperrminorität. Diese im Lissabon-Vertrag angestrebte Balance ist nun zerstört, denn der erste Block schrumpft mit dem Brexit auf einen Bevölkerungsanteil von 25 Prozent, und die Mittelmeerstaaten erhöhen ihren Anteil auf 42 Prozent. Sie könnten sozusagen durchregieren. Um das zu verhindern, muss diese Sperrminorität nach dem Briten-Rückzug auf 25 Prozent gesenkt werden.

Daneben fordert die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die Bundesregierung in einem Antrag auf, im Europäischen Rat aller Staats- und Regierungschefs im deutschen Interesse dafür zu sorgen, dass die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union nicht, wie von der Kommission gewünscht, so verändert werden, dass damit ein Vetorecht der nationalen Parlamente unmöglich würde. Insbesondere muss die Ausweitung der sogenannten „Allgemeinen Brückenklausele“ der EU auf weitere Politikbereiche verhindert werden.

Mit dieser Klausel kann der Europäische Rat einstimmig beschließen, dass bei bestimmten Themen, für die im Rat eigentlich Einstimmigkeit vorgeschrieben wäre, eine qualifizierte Mehrheit ausreicht. Das Vetorecht der nationalen Parlamente gegen einen solchen Ratsbeschluss im Zuge einer Selbstermächtigung muss erhalten bleiben, damit in der Souveränität der Mitgliedsstaaten auch der politische Spielraum bleibt, um sehr unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können, vor allem auch dann, wenn in erster Linie die nationale Gesetzgebungskompetenz berührt wird.



Bürgerdialog

Liebe Freunde und Interessierte, wenn Sie sich mit Herrn Professor Lothar Maier, MdB in seinem Wahlkreisbüro austauschen möchten wenden Sie

sich bitte an die E-Mail Adresse:

lothar.maier.ma01@bundestag.de

um einen persönlichen Termin zu koordinieren.

Darüber spricht niemand: Die anderen Kinder

Die einen Kinder demonstrieren – Die anderen Kinder pflegen Eltern

Es gibt Kinder, meist im Sorglos-Wohlstandsmilieu beheimatet, die haben keine Sorgen. Sie werden im SUV von Mama zur Schule gebracht. Sie haben natürlich - wie alle Kinder - ein Gewissen und sie haben Angst. Angst, die ihnen verantwortungslose Erwachsene im eiskalt kalkulierten Eigeninteresse einreden. Deren diffuses Gefasel vom drohenden Weltuntergang sie gehörig nachplappern, denn sie wissen nicht was, sie tun. Aber sie sind überzeugt, das Richtige zu tun. Bestärkt von der Bundeskanzlerin. „Fridays for Future“, Schule schwänzen für das Klima. Marionetten-Gretel macht´s vor.

Und es gibt andere Kinder, meist im Armen-Milieu beheimatet. Sie müssen kämpfen. Jeden Tag, um am Unterricht teilnehmen zu können. Nach dem Unterricht heißt es für diese Kinder: Windeln wechseln, kochen, waschen, putzen. Diese Kinder müssen ihre Eltern pflegen. Die gesamte Verantwortung für die Familie ruht auf ihren schwachen Schultern. Wie viele Kinder in Deutschland genau ihre kranken Eltern pflegen, ist nicht bekannt. Schätzungsweise liegt die Zahl bei etwa 225.000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die sich um ein krankes Elternteil kümmern.

Die Dunkelziffer dürfte aber weitaus höher sein. Viele Familien nehmen aus Scham und aus Angst vor Eingriffen von außen kaum Hilfe in Anspruch. Selbst wenn ein Pflegedienst in die Wohnung kommt, können damit höchstens 1,5 Stunden am Tag abgedeckt werden. In der restlichen Zeit übernehmen die Kinder die Verantwortung. Sie erfüllen Aufgaben, die sie von anderen kindgerechten Tätigkeiten abhalten. Sie übernehmen Haushaltstätigkeiten wie Aufräumen, Putzen, Waschen, Kochen oder Einkaufen, pflegerische Tätigkeiten wie Medikamentenvergabe, Anziehen, Körper- und Intimpflege und die Betreuung jüngerer Geschwister.

Die Eltern dieser Kinder leiden unter einer körperlichen oder geistigen Behinderung, chronischen Erkrankung (beispielsweise Krebs oder Multiple Sklerose), psychischen Erkrankung, Alkohol- oder Suchtmittelabhängigkeit. Wenn die Eltern an Demenz, psychischen Erkrankungen oder Inkonti-

nenz leiden, schämen sich junge Menschen, weil sie annehmen, dass diese Krankheiten gesellschaftlich nicht wirklich akzeptiert sind, heißt es beim Diakonischen Werk Berlin Stadtmitte. Die oftmals jahrelange Pflege bewirkt bei den Kindern häufig eine Überforderung.

Die psychischen und physischen Belastungen sowie die Folgen für die Entwicklung können enorm sein. Aufgrund der Isolation und der Scham oder der Sorge vor Eingriffen in die Familie müsste eigentlich ein öffentliches Bewusstsein erzeugt werden, in dem sich die Kinder aufgehoben und angenommen fühlen. Dabei sind nicht die in der Familie häufig erworbenen Kompetenzen wie ein



ausgeprägtes Einfühlungsvermögen, frühe Reife und gesteigertes Selbstbewusstsein zu vergessen, die es anzuerkennen und zu fördern gilt.

Fach-Mediziner verweisen darauf, dass es schwierig sei, zu erkennen, wer Hilfe braucht, weil junge Menschen sich in dieser Situation oft besonders belastbar präsentieren wollen. Hierbei handelt es sich um einen Schutzmechanismus: „Viele Betroffene zeigen nach außen das Bild eines starken, kompetenten, schon sehr reifen Kindes. Oft werden sie als älter eingeschätzt, als sie wirklich sind. Dieser Zustand, der durch die Anforderungen der

Familie und Umwelt begünstigt und beschleunigt wird, täuscht aber oft über die wahren inneren Bedürfnisse des jungen Menschen hinweg. Werden diese nicht erkannt, sind Selbstwertprobleme, Ängste und Depressionen oder Aggressivität, abweichendes Verhalten, Leistungsverweigerung, Schulversagen und Hyperaktivität die Folge. Auch die Ausbildung körperlicher Symptome als Resultat von Überforderung, Angst und Erschöpfung ist bekannt.“

Gestohlene Kindheit.

Gerade wenn ein Elternteil erkrankt ist oder es die familiäre Situation nicht anders zulässt, übernehmen Kinder und Jugendliche die Elternrolle und die Verantwortung meistens automatisch – einfach, weil die Veränderung des Familienlebens durch die Erkrankung nichts anderes zulässt. Fragt man Betroffene, so hört man regelmäßig, dass sie eben „funktionieren“, um ein möglichst geregeltes Leben führen zu können: „Die intensive und umfassende Veränderung der Familienrealität durch die Erkrankung lässt nichts anderes zu. So werden junge Menschen zu pflegenden Angehörigen wider Willen“, weiß Prof. Dr. Michael Klein, klinischer Psychologe und Psychotherapeut. Man kann hier auch von gestohlener Kindheit sprechen.

Schließlich können diese Kinder ihre alterstypischen Entwicklungsaufgaben nicht angemessen bewältigen und sind chronisch überfordert: Insbesondere Mädchen scheinen hiervon betroffen zu sein und in Gefahr, innerlich angeeignete psychische Störungen wie beispielsweise Angst, Depression oder Somatisierung zu entwickeln. Jungen reagieren öfter mit nach außen gelagerten Verhaltensweisen und Störungen wie Aggressivität und Hyperaktivität, erklärt der Psychiater.

Deutschland im Jahre 2020 spricht aber nur über die anderen Kinder. Kinder, die diffuse Angst vor dem Klima eingeredet bekommen haben. Ihre Schul-Schwänz-Aktionen finden stets fette Schlagzeilen. Über das Schicksal pflegender Kinder spricht niemand. Darum schert sich die links-grüne deutsche Lückenpresse der Öko-Diktatur nicht.

Irgendetwas ist faul im Staate Deutschland...

Neuer PISA-Schock für Deutschland: 21 Prozent der 15-Jährigen können nicht richtig lesen oder rechnen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre neueste PISA-Studie vorgelegt. Die Ergebnisse für Deutschland sind nicht nur beschämend, sondern im höchsten Maße alarmierend. Die Leistungen der Schüler in einem der reichsten Länder der Welt sind nur Durchschnitt und haben sich nach einer zwischenzeitlichen, marginalen Verbesserung im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre wieder verschlechtert. Sie befinden sich heute etwa wieder auf dem unfassbar schlechten Niveau von 2009.

Die Leistungen der Schüler in Deutschland hat sich auch im Vergleich zur vorangegangenen PISA-Studie 2015 in allen Bereichen verschlechtert: in Naturwissenschaften und Mathematik auf das Niveau von 2003 und beim Lesen auf den Wert von 2009. Deutschland steckt im Mittelfeld. Die Tendenz geht nach unten. Deutschland ist weit

Leidtragende sind die elf Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland. Doch es sind nicht allein die schulischen Leistungen, die Anlass zur Sorge geben. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler liegt in Deutschland nach wie vor deutlich über dem OECD-Schnitt. Im Bereich des Leseverständnisses spielt die Herkunft 2018 sogar eine größere Rolle als noch 2009. 20 Prozent der deutschen Schüler erreichen nur ein sehr geringes Leistungsniveau. Fast jedes dritte Kind, das nicht auf ein Gymnasium geht, ist leseschwach. Die Studienautoren sprechen selbst von einem „besorgniserregenden Befund“.

Der Kieler Bildungsforscher Olaf Köller schlägt Alarm. In der „Zeit“ erklärte er, die sogenannte Risikogruppe, also 15-Jährige, die nicht richtig schreiben und rechnen können, sei mit 21 Prozent wieder fast so groß wie beim PISA-Schock von vor

abgeschnitten hatten als der Durchschnitt aller OECD-Staaten. Damals entstand der Begriff „PISA-Schock“. Eine heftige Debatte um die Bildungspolitik war die Folge, wie man sieht ergebnislos. Für ein Land ohne Rohstoffe wie das unsere ist Bildung das A und O für Wohlstand und Wohlergehen.

Zu wenige und vor allem auch zu schlecht ausgebildete junge Menschen werden nicht in der Lage sein, die Werte zu erwirtschaften, die notwendig sind, den Sozialstaat auch in Zukunft zu erhalten und den Generationenvertrag zu erfüllen. Natürlich sind die für Deutschland ermittelten Bildungswerte auch von der Massen-Invasion kultur- und bildungsfremder Einwanderer geprägt, die seit 2015 völlig unkontrolliert in unser Land eingefallen sind.

Nur elf Prozent der ab 18-Jährigen aus dieser Gruppe können einen Hochschulabschluss vorweisen. Der freilich dürfte unserem Standard nicht genügen. 76 Prozent hingegen verfügen über gar keinen Abschluss. Es ist davon auszugehen, dass der große Anteil dieser schlecht oder gar nicht ausgebildeten jungen Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wird – als Versorgungsfall. Es ist empirisch belegt, dass insbesondere Schüler aus der Türkei, arabischen und afrikanischen Staaten einer „intensiven pädagogischen Betreuung“ bedürfen und danach trotzdem die von ihnen abgelieferten Bildungserfolge deutlich hinter denen von deutschen Schülern oder auch von Schülern aus der EU oder asiatischen Ländern zurückbleiben.

Nur zwei Prozent der im Inland geborenen deutschen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren kommen beim formellen Bildungsstand nicht über Grundschulniveau hinaus. Dagegen hat fast jeder siebte Zuwanderer – nämlich 13 Prozent – nur eine Grundschule besucht oder noch nicht einmal das. Übrigens haben in anderen Ländern Zuwanderer ein höheres Bildungsniveau als in Deutschland, wie eine OECD-Studie belegt. In Italien und den USA sind nur neun Prozent der Zuwanderer so minimalste qualifiziert, in Dänemark und der Schweiz sind es sogar nur sechs Prozent und in Großbritannien und Österreich nur drei Prozent. Deutschland nimmt also überwiegend relativ schlecht oder gar nicht ausgebildete Zuwanderer auf.



entfernt von Bildungsvorreitern wie Estland, Kanada, Finnland, Irland oder Japan. Während der europäische Spitzenreiter Estland im Bereich der Lesekompetenz – die auch die digitale Lesekompetenz umfasst – einen Durchschnittswert von 523 Punkten erreicht, landet Deutschland mit 498 Punkten auf Platz 15. Gegenüber 2015 ein Absturz um sechs Plätze!

zwei Jahrzehnten. In den nicht gymnasialen Schulen liege ihr Anteil je nach Bundesland sogar bei 30, 40 oder sogar 50 Prozent. Seine messerscharfe Analyse: „Das ist dramatisch“.

Der Vergleichstest der OECD lässt in Deutschland regelmäßig aufhorchen, seit deutsche Schüler bei der Erstauflage von PISA 2000/2001 schlechter

...schmeckt Kindern und Erwachsenen ebenso - Aber: Wegen zwei muslimischen Mädchen keine Gummibären mehr

Ein Grund, warum manche Muslime Deutsche verachten besteht darin, das Deutsche in ihren Augen keinen Stolz haben. An dem mangelt es aber rund zwei Millionen Muslimen (meist jungen Männern im wehrfähigen Alter), die aus dem Orient in unser Land geströmt sind, gewiss nicht. Sie haben ein festes Werte-Gefüge und treffen hier auf eine weitestgehend säkularisierte Gesellschaft mit Werte-Vakuum und dekadenten Tendenzen. Ein links-grünes permissives Gutmenschen-Potenzial bei Medien und Eliten, entstanden aus dem deutschen Schuld-Gen, das Asylbewerbern größtmögliche Entfaltung bietet.

Die Einstellung dieser Muslime wird vor dem Hintergrund eines unglaublichen Vorgangs nachvollziehbarer: Im vorausseilenden Gehorsam zwingen von morbider Selbstverachtung zerfresene links-grüne Eliten Kleinkindern die islamische Scharia auf: In Leipzig soll nach einem Zeitungsbericht in zwei Kindertagesstätten wegen zwei muslimischen Mädchen zukünftig auf alle Schweinefleischprodukte verzichtet werden. Die abstruse Begründung: „Aus Respekt gegenüber einer sich verändernden Welt werden nur noch Essen und Vesper bestellt und ausgegeben, die schweinefleischfrei sind ...“

Zu den Produkten, die von der totalitären islamhörigen Inquisition auf den Index gesetzt wurden, zählen auch die Lieblingsprodukte vieler Kinder, die Gummibärchen. In einem Schreiben „wird darauf hingewiesen, dass zu Festen und Geburtstagen keine Süßigkeiten und andere Nahrungs-

mittelangeboten werden sollen, die Schweinefleischbestandteile, wie Gelatine, haben.“

Die Eltern der rund 300 betroffenen Kinder in zwei Kitas wurden über die Scharia-Essens-Reform auf deutschem Boden schriftlich informiert. Nach einem Zeitungsbericht wird mit der Essensumstellung auf zwei muslimische Mädchen (zwei und drei Jahre) Rücksicht genommen! Mit diesem neuen Beweis der schleichenden Islamisierung auf deutschem Boden sollte es langsam auch Gutmeinenden klar sein, wohin die Reise geht. Dass Muslime vor einem derartigen Kniefall keinen Respekt haben können, ist verständlich – für sie ist es Beweis genug, den Schluss zu ziehen, wie dumm Deutsche sein können.

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“, wusste schon Bertolt Brecht. Der Islam spricht – wie etwa in der Türkei - Andersgläubigen unverhohlen ihr Existenzrecht ab. Wer sich nicht zum Islam bekennt, ist nach dieser Denkweise ein Feind, den es zu eliminieren gilt – offen oder versteckt, mit List, Tücke, Lüge („iham“) im schlimmsten Fall mit Terror und Mord. Das ebenfalls unverhohlene Ziel des Islam ist die Unterwerfung „ungläubiger“ Völker, die Weltherrschaft schlechthin.

Woher man das weiß: Ein Blick in den Koran genügt. Der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu bringt es auf den Punkt: „Es steht außerhalb jeder Erörterung, dass das, was im Koran steht, gilt“. Und: Der

Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: „Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt“.

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, dass die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung, der Scharia, stehen, denn diese sei „Allahs Gebot“ und damit bindend – und nicht der „von Menschenhand“ formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention. Dies gilt bis zum heutigen Tag unwidersprochen.

Auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, dass die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Tibi sagt: „Das Ziel der Islam-Verbände ist die graduelle Islamisierung Europas, diesmal jedoch friedlich, also ohne einen Jihad zu führen. Was heißt Islamisierung? Schriftgläubige Muslime wollen, dass ‚Dar al-Islam‘ (Haus des Islam) auf die gesamte Erde ausgeweitet wird.“

Selbst Vertreter der islamischen Reformtheologie heben ‚al-taghallub‘ (Dominanz), also die Superiorität des Islam, als Wesensmerkmal ihrer Religion hervor. Eine solche Weltanschauung der Überlegenheit über andere ist weder mit dem Kultur- noch mit dem Religionspluralismus westlicher Gesellschaften vereinbar“, soweit Bassam Tibi.

In dieser Welt ist natürlich auch für unsere Gummibärchen kein Platz mehr. ...



Kriminalstatistik seit 2014 belegt: Zehnmal mehr Ausländer als mutmaßliche Gruppen-Vergewaltiger

In manchen Fällen ist es in den Augen der Opfer fast schlimmer als Mord. Das schlimmste was man einem jungen Mädchen oder einer Frau antun kann: Vergewaltigung. Auch wenn die körperlichen Wunden heilen, Seelenleid und Seelenqual sind leider oft unheilbar. Tote ermordete Seelen. Sie leben weiter in einem geschändeten Körper. Vergewaltigung, eines der abscheulichsten Verbrechen überhaupt. Gruppen-Vergewaltigung – ein Schwerst-Verbrechen, das sich jeglicher Vorstellungskraft gesunder Menschen entzieht. Ein Verbrechen, das vor Merkels geduldeter muslimischer Massen-Invasion in Deutschland statistisch nicht signifikant ins Auge fiel. Das hat sich seit Ende 2015 geändert. Dramatisch.

der Türkei, 25 kamen aus Afghanistan und 24 aus Syrien sowie 17 aus Rumänien. Die Rubrik „Sonstige Länder“ verzeichnet 129 Personen. Ein möglicher Migrationshintergrund, also sogenannte „Pass-Deutsche“, wird allerdings in der Statistik nicht ausgewiesen. Tatverdächtige mit ausländischen Wurzeln und einem deutschen Pass zählen in der Statistik so als Deutsche.

2014 waren in Deutschland 35 Prozent der mutmaßlichen Gruppen-Vergewaltiger von „widerstandsunfähigen“ Frauen Ausländer. 2015 stieg diese Quote schon auf 46,1 Prozent, 2016 gab es einen weiteren Anstieg auf 53 Prozent, ein hohes Niveau, das sich mit 52,2 Prozent auch 2017

311 Zuwanderer, die an einer Gruppenvergewaltigung beteiligt gewesen sein sollen. Eine Verzehnfachung zwischen 2014 und 2018!

Auch bei anderen besonders schweren Verbrechen lag allein 2018 die Zahl der Zuwanderer als Tatverdächtige beim Sechs- bis Achtfachen ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung. Insgesamt ging es dabei um 115 Tatverdächtige bei Mord, 507 bei Straftaten gegen das Leben, 1.249 bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung, 5.368 bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und 20.677 bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Nur ein kleiner Teil dieser fast 30.000 Fälle von gravierendem Tatverdacht – wobei es sich teilweise um mehrfach Tatverdächtige handeln dürfte – fand in der medialen links-grünen Berichterstattung einen Niederschlag. . .

Auf die Frage an die Bundesregierung, was sie bislang unternommen hat und zu unternehmen gedenkt, um Frauen und Kinder in Deutschland vor Vergewaltigungen durch Ausländer zu schützen, sieht man sich in der Erwartung auf die einzig richtige Antwort „Abschieben, Abschieben, Abschieben und sofort alle Grenzen vor einem weiteren Einfall aus dem Orient und Afrika sichern“ getäuscht. Nicht der Schutz unserer Mädchen und Frauen und unserer Kinder vor Vergewaltigung liegt der Regierung der Deutschland-Hasser unter Merkel am Herzen. Das ist Frau Merkel auch ziemlich wurscht, wird sie doch sicher selbst nie Opfer einer Vergewaltigung, denn sie lebt im Hochsicherheitstrakt.

Die Frage nach Konsequenzen beantwortet ihre Regierung mit schwammigen Aussagen. Man habe das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ ratifiziert. Oder: „Mit dem 50. Strafrechtsänderungsgesetz – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung – wurde eine Gesetzesänderung beschlossen, mit der das Sexualstrafrecht eine grundlegende Neuausrichtung erfahren hat“. Das bewahrt kein einziges Mädchen, keine einzige Frau in Deutschland vor schwerstem sexuellem Missbrauch durch Zuwanderer. Jeden Tag wird irgendwo in Deutschland eine Frau von einem Asylbewerber sexuell beleidigt, bedrängt, betatscht, genötigt, weil diese Regierung sie nicht geschützt hat. . .



Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei Gruppen-Vergewaltigungen ist in den vergangenen fünf Jahren stark gestiegen. Das hat die AfD-Bundestagsfraktion in Erfahrung gebracht. Die „Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes und der Länder“ (PKS) listet für 2018 insgesamt 492 Personen auf, denen die Straftat einer Gruppenvergewaltigung zur Last gelegt wird. 257 von ihnen (52,2 Prozent) waren Nichtdeutsche, also Ausländer. Unter ihnen waren 37 Zuwanderer aus

nicht wesentlich änderte. Wie dramatisch sich das Verbrechen der Gruppen-Vergewaltigung seit 2014 quantitativ verschlimmert hat, zeigen folgende Zahlen:

Standen 2014 noch 27 Zuwanderer (Asylbewerber, Geduldete und Bürgerkriegs-„Flüchtlinge“) unter diesem ungeheuerlichen Verdacht, waren es 2015 schon 58 der Gruppen-Vergewaltigung verdächtige Zuwanderer, ein Jahr später 115 Zuwanderer, 2017 schon 207 Zuwanderer und 2018 schließlich

Es ist nicht nur „ETWAS“ faul im Staate Deutschland In Altenpflege 2.645 Euro im Monat – Für Kandel-Mörder 5.300 Euro

Es ist nicht nur „Etwas“ faul im Staate Deutschland. Islamisierung und Messer-Morde, Energie-Krise, Deindustrialisierung, Geldverschwendung für Menschen, die unseren Staat ausbeuten, ohne je einen Finger krumm gemacht zu haben. Der Mörder von Kandel (er hatte seine 15-Jährige Ex-„Freundin“ Mia mit einem Messer aufs schrecklichste abgestochen) wurde vor seiner Tat mit 5.300 Euro jeden Monat von uns alimentiert. In der Altenpflege verdient man hierzulande 2.645 Euro im Monat. Das sind 695 Euro weniger als im Durchschnitt aller Berufe. Das ergab die Antwort einer Anfrage der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag.

Jeden unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber (UmA) lässt sich die Merkel-Welcome-Truppe 5.300 monatlich kosten, alle anderen Wohlstands-Migranten (meist junge muslimische Männer im wehrfähigen Alter) kosten den deutschen Steuerzahler 2.500 Euro monatlich. Das Durchschnittsalter der Asylbewerber seit 2015 liegt bei etwas über 22 Jahren. Wenn sie in Deutschland blieben und ihnen die deutsche Lebenserwartung beschieden wäre, ergibt sich rein rechnerisch eine weitere Lebenszeit von rund 54 Jahren.

Die Belastungen für das deutsche Sozialsystem könnten also einen langen Zeitraum erfassen. Wäre ein Asylbewerber über diese Jahre hinweg auf Sozialleistungen angewiesen, würde er dem deutschen Staat mit 480.000 Euro auf der Tasche liegen, wobei Gesundheitsleistungen nicht eingerechnet sind. Ein unhaltbarer Zustand, bedenkt man, dass im ach so reichen Deutschland Menschen unter Altersarmut leiden müssen. Fast 17 Prozent aller Rentner fristen ihr Leben auf ihre alten Tage in Armut. Fast vier Millionen Ältere sind betroffen. Ihnen bleiben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben, sie müssen mit weniger als 905 Euro monatlich zurechtkommen.



Deutschland ist nicht das Paradies auf Erden. Hier leben etwa 1,2 Millionen Menschen ohne Dach über dem Kopf. Aber das links-grüne Merkel-Regime hält bis zum heutigen Tag die Grenzen für Sozial-Schmarotzer aus aller Welt offen. Was ist das für ein Land, in dem der soziale Dienst am nächsten mit 3.304 Euro abgespeist wird, jeden Dahergelaufenen ohne Papiere aus aller Welt aber mit 2.500 Euro fürs Nichtstun ohne Vorleistung „belohnt“? 3.304 Euro, das ist das mittlere Bruttoarbeitsentgelt in der Alten- und Krankenpflege.

Was ist das für ein Land, wo Menschen in der Berufsgruppe Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe vergangenes Jahr 3.392 Euro durchschnittlich im Monat verdienten und das sich die fortdauernde Invasion aus dem Orient und Afrika jährlich 50 Milliarden Euro kosten lässt? „Ein Land, in dem wir gut und gerne leben“, meint die Deutschland-Hasserin Merkel. Es war einmal ein Land, in dem wir gut und gerne lebten, bis diese Frau an die Regierung kam...

Impressionen von ausgewählten Veranstaltungen von Prof. Dr. Lothar Maier



Hier durfte ich als Gastredner in Karlsruhe referieren (Thema Außenpolitik)



Zu Gast im KV Breisgau-Hochschwarzwald (mit Martina Böswald)

Eine Zumutung im Staatsamt – Treffen mit Juden-Hasser Hat Grüne Claudia Roth Moral? Viel mehr als das: DOPPEL-MORAL!

Claudia Roth, stets in wehende Gewänder gekleidet, hat kein Format. Insbesondere politisch nicht. Wie so jemand, dauerbetroffen und überheblich moralisierend, in lächerlicher, fast totalitärer Erhabenheit Andersdenkenden gegenüber, zum Bundestagsvizepräsident avancieren konnte, zeigt den eklatanten Niveau-Verlust des politischen Personals der Bundesrepublik Deutschland. Claudia Roth kommt vom Theater. Sie kann es nicht verbergen. Nach den Morden von Halle hat sie wieder einen ihrer bühnenreifen Auftritte, schwadroniert über Rassismus und Antisemitismus und die Rechten. Hat diese Claudia Roth Moral? Mehr als das: Doppel-Moral. Jetzt traf sie sich mit dem iranischen Parlamentssprecher Ali Laridschani. Einer der schlimmsten und gefährlichsten Judenhaser. Einer, der sogar die Leugnung des Holocaust verteidigt hat!

Apropos „Welcome“. Natürlich ist Roth für noch viel mehr davon. Sie möchte eine Ausweitung des Asylrechts. „Wir müssen die Kriterien für das Recht auf Asyl ausbauen. Beispielsweise ist der Klimawandel mittlerweile eine Fluchtursache“, glaubt die abgehobene Grüne ohne Berufsausbildung aber mit einem Bundestagssalär von monatlich rund 14.000 Euro brutto beziehungsweise knapp 170.000 Euro im Jahr. Nach Steuern und Abgaben dürften 100.000 Euro übrig bleiben. Bezahlte von einem Land, das sie so sehr hasst. Weiter betonte Roth, die EU müsse als eine Hauptverursacherin der Klimakrise einer Initiative zur Aufnahme bedrohter Menschen vorangehen. Dadurch werde Deutschland nicht überfordert.

Richtigerweise müsste es heißen: Roth wird dadurch nicht überfordert. Vor einer

Und bei einer Militärparade betonte er erneut, dass die Zionisten der größte Feind der Muslime seien.

Roth, die Deutschland-Hasserin. Ende 2015 marschierte sie bei einer Anti-AfD-Demonstration in Hannover Reih' in Reih' mit gewaltbereiten Links-Radikalen. Dabei wird über Lautsprecher "Deutschland, Du mieses Stück Scheiße" und "Deutschland verrecke" skandiert. Roth stört das nicht. Den Augsburger Bischof Walter Mixa bezeichnete sie seinerzeit als "durchgeknallten, spalterischen Oberfundi". Der Öffentlichkeitsreferent der Diözese Augsburg attestierte Roth daraufhin „beunruhigende faschistoide Züge“. Ihre Wortwahl erinnere an die Propaganda-Hetze der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche. Man möchte ihm ungern widersprechen.



Der Deutsche Bundestag beeilte sich zwar, zu erklären, Roth habe im Gespräch „die permanenten Drohungen iranischer Offizieller und der sogenannten Revolutionsgarden gegen Israel aufs Schärfste verurteilt“. Die Botschaft hör' ich wohl. Allein mit fehlt der Glaube. Die Bilder lügen nicht: Freudestrahlend begrüßte sie den Israel-Hasser mit offenen Armen. Roth kommt vom Theater. Sie kann mit ihrem Betroffenheitsrepertoire auch die Zornige geben. Zum Beispiel, wenn es gegen rechts geht. Genau diese Miene wäre bei Laridschani angebracht gewesen. Die Bundestags-Vize-Schauspielerin hat sich aber für die Welcome-Geste „entschieden“, besser sie konnte sie nicht verbergen.

Vergewaltigung durch syrische Messerstecher braucht sie keine Angst zu haben. Roth lebt auf Steuerzahler-Kosten hochgesichert und bequem hinter Panzerglas.

Roth und Laridschani. Ein Herz und eine Seele. Bei der Sitzung der „Interparlamentarischen Union“ in Belgrad traf man sich. Zwischen die beiden passte kein Blatt Papier. Das spürt man. Das Paar trifft sich nicht zum ersten Mal. 2009 verteidigte Laridschani bei der Münchner Sicherheitskonferenz die offensive Holocaust-Leugnung des damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. 2012 nannte er den jüdischen Staat einen „dunklen Fleck“, der getilgt werden müsse.

Claudia Roth, die heuchlerische Klima-Vorbeterin: 41.000 Kilometer flog sie rund um die Welt, um sich vor Ort über die Folgen des Klimawandels zu empören. Destination: das Traumziel in der Südsee, die Fidschi-Inseln. Dort – obwohl wie stets auch hier weit und luftig gewandert – floss ihr der Schweiß in Strömen über die gekonnt sorgenvoll gefaltete Stirn – das Stück hieß „Vom Menschen gemachter Klimawandel“.

Fazit: Viel zu warm bei diesen Fidschis. Roths Forschungsreise ging kreuz und quer um die Welt – Business Class versteht sich, Champagner und Lachs-Häppchen inklusive. Zeitungsberichten zufolge betrug der Kostenaufwand für den Steuerzahler und 9.400 Euro. Die Öko-Bilanz der Roth-Langstrecken-Flüge: Verheerend! Der CO₂-Anteil pro Person beträgt – wohlwollend gerechnet – etwa 17 Tonnen! Schwamm drüber! Grüne als Gralshüter der Klima-Wahrheit und im Besitz alleiniger höherer moralischer Einsichten und Einstellungen sind eben etwas gleicher als die von ihnen Bevormundeten. Marx lässt grüßen.

„Ich brauche keine Abgeordnete, die an einen Tag kreischend auf irgendwelchen Gleisen sitzt und die die Polizei nervt, kurz darauf bei linksradikalen Demonstrationen mitläuft und am nächsten Tag wieder als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages im Parlament sitzt“. Sagt Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft über Claudia Roth. Der Mann hat recht. Roth ist eine Zumutung im Staatsamt.

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“? Deutschland deindustrialisiert sich – Andere setzen weiter auf Kohle

Ein typischer ausgeprägter Charakterzug: Größenwahn. Hinzu kommen autistische Selbstüberschätzung, Verantwortungslosigkeit, Arroganz und Betterwisserei, ja vielfach Wahnhaftigkeit. So beschreibt der britische Historiker John C. G. Röhl nicht Angela Merkel, sondern Kaiser Wilhelm II. Gleichwohl, Parallelen sind erkennbar. Der letzte Deutsche Kaiser huldigte der Aussage Emanuels Geibels: „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“. Dem steht Merkel nicht nach. Nicht weniger als weltweit das „Klima zu retten“ lautet das tatsächlich von Zügen des Wahnsinns geformte gesinnungsethische Belehrungs-Credo für uns und alle anderen Länder dieser Welt.

Deutschlands Wohlstand wird so auf dem Altar des Ökosozialismus' geopfert. Merkel und ihre Hofschranzen, Hofberichterstatter, Hofdamen und Hofnarren stellt die eigene Sicht der Dinge über Realitäten, Fakten und eindeutige politische und wissenschaftliche Analysen. Der Mythos der „Einen Welt“ war immer ein sozialistischer Traum. Bei Merkel heißt das „Unilateralismus“. Gesinnungsterror und Meinungsverbote sind unter Merkel in Deutschland wieder hoffähig. Die „INTERNATIONALE“ erkämpft das Menschenrecht, der neue Realsozialismus schützt vor Erderwärmung – koste es, was es wolle.

Aber die Welt folgt dem Irrsinn nicht. In Bangladesch setzt man auf den erstmaligen Bau großer Kohlekraftwerke. Die geplante Leistung entspricht mit 23 Gigawatt fast der aller deutschen Braunkohlemeiler. Auch Ägypten, Pakistan und die Mongolei steigen mit umfangreichen Projekten in die Kohleverstromung ein. Zudem wird die Technologie für „weitere Länder an Bedeutung gewinnen, ins-

besondere Indien, Türkei, Vietnam und Indonesien“, hört man im Bundesumweltministerium. Kohle deckt ein Viertel des gesamten Primärenergiebedarfs der Welt.

Und gerade in Asien seien die Kohlekraftwerke mit durchschnittlich zwölf Jahren noch sehr jung, stellt die Internationale Energieagentur in ihrem jüngsten Report fest: „Das ermöglicht es ihnen, noch viele Jahrzehnte in Betrieb zu bleiben.“ Die von den Ökosozialisten verfolgten USA unter Donald Trump haben – ohne dem Klima-Wahnsinn verfallen zu sein – die Kohleverstromung drastisch gesenkt. Seit 2011 hat sich die Kohleproduktion in den USA fast halbiert. Doch Rückgänge würden „durch Verbrauchssteigerungen in Indien und Südostasien kompensiert“, stellt die Internationale Energieagentur fest.

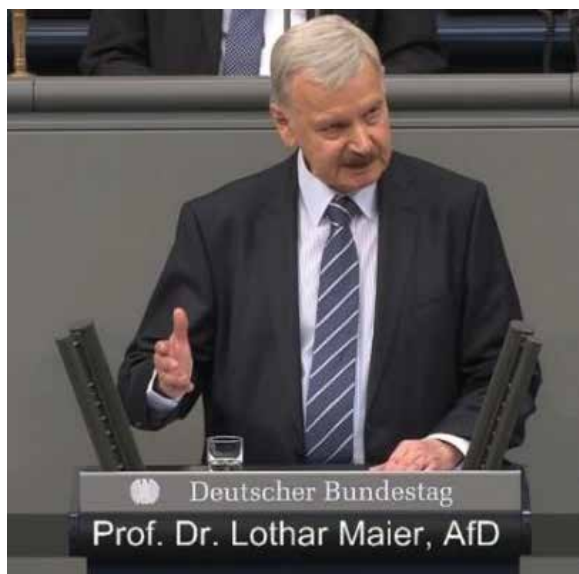
Auch in China, das allein für die Hälfte des weltweiten Kohleverbrauchs steht, werde die Nachfrage vorerst weiter steigen. „Die Kohle stirbt nicht“, stellt Nathanael Johnson, Kolumnist des Umweltportals „Grist“, fest. „Sie zieht nach Asien um.“ Aber das Klima schert sich nicht um Staatsgrenzen. Derweil zerlegt sich Deutschland industriepolitisch selbst und folgt in Kadaver-Gehorsam unterwürfig den von Brüssel befohlenen frei erfundenen Abgas-Werten. Unser Land wird zum Opfer einer ökonomisch hirnrissigen ideologiegetriebenen Energie- und Wirtschaftspolitik, die die Bundesrepublik absehbar aus der Reihe der wirtschaftlich führenden Nationen ausschließt. Milliarden werden versenkt, aber die sogenannte „Energiewende“ ist gescheitert. Es gibt trotz der Unsummen keine Senkung der Kohlendioxid-Emissionen, keinen geringeren Energieverbrauch und keine höhere Energieproduktivität. Dafür zahlen die deutschen Verbraucher und Unternehmen die höchsten Strom- und Gaspreise der Welt.

Der Preis für eine Kilowattstunde Elektroenergie ist während der Kanzlerschaft Merkels von 18,66 Cent auf 30,43 Cent (2019) gestiegen, also um 63 Prozent, auch als Folge besagter „Energiewende“, durch die sich die EEG-Umlage (Erneuerbare Energien-Gesetz) von 0,69 Cent auf 6,76 Cent (2020) fast verzehnfacht hat. Ein durchschnittlicher Dreipersonenhaushalt zahlt somit knapp 250 Euro im Jahr allein für diesen vernunftwidrigen Alleingang Deutschlands, der die Versorgungssicherheit des Landes nachhaltig gefährdet und großflächige Stromausfälle wahrscheinlicher macht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute der Staat mit dem geringsten privaten Haushaltsvermögen aller Euro-Länder, mit einer der höchsten Abgabenquoten weltweit und einem der geringsten Rentenansprüche EU-weit. Zudem ist unser Land spätestens seit 2015 Tatort einer zuwanderungsbedingten außer Kontrolle geratenen Ausländerkriminalität, der laut Bundeskriminalamt 46.223 Deutsche zum Opfer gefallen sind (2018), darunter 3.261 Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Wer diese Fakten benennt, wird hierzulande durch Gesinnungsterror „sanktioniert“ und wahlweise entweder als „Rassist“ oder „Nazi“ oder meist durch beides diffamiert und vernichtet.

Und der Meinungsterror wirkt: Die Deutschen haben tatsächlich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa große Angst davor, dass der Klimawandel (42 Prozent) die Stabilität und Sicherheit der Welt gefährdet. Es folgt dann die Angst vor islamistischen Terrorismus (38 Prozent) und weltweiten Migrationsbewegungen (33 Prozent). Auch die Verbreitung von rechtsgerichteten Regierungen in der Welt (25 Prozent) bereitet den Deutschen Sorgen (!). Man kann nur hoffen, dass sich mit diesem Befund bei den kommenden Wahlen nicht die Erkenntnis durchsetzt: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger...!“





LOTHAR-MAIER.EU

Informationsfahrt nach Berlin

Besuch im Bundestag

Den Bundestag von innen sehen?
Plenardebatten live erleben?
In einen gemeinsamen Austausch treten?

All dies und vieles mehr bietet Ihnen ein dreitägiger Besuch mit uns im Deutschen Bundestag.

- Führung durch den Bundestag
- Blick über Berlin
- Debatten live erleben
- Besuch der Kuppel
- Besuch von Ministerien
- Politische Stadtrundfahrten

Die nächsten geplanten Termine:

05.04. - 08.04.2020
05.07. - 08.07.2020
06.12. - 09.12.2020

Die rechtzeitige Buchung ist unbedingte Voraussetzung für einen freien Platz.

E-Mail: lothar.maier.ma01@bundestag.de

Ablaufplan der nächsten Fahrt

05.04. - 08.04.2020

unter anderen sind geplant:

- Führung durch den Bundestag
- Besuch der Russischen Botschaft
- Besuch im Außenministerium
- Ständige Vertretung von Baden Württemberg
- Mittagessen im Fernsehturm
- Besuch der Kuppel

Impressum:

Lothar Maier MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: 030 227 75494
Fax: 030 227 70494

Mail.: lothar.maier@bundestag.de
Redaktion: Walter E. F. Krämer
Satz & Druck: www.make-it-again.de

Kontakt:

Wahlkreisbüro Stuttgart
Tel: 0711 50500-962
Fax: 0711 50500-979

www.facebook.com/prof.lotharmaier
<https://twitter.com/ProfMaier>
youtube.com/channel/Uck048Rd6KVTC8oaD_ph6xNA